

# POLIZEI REPORT



## Was wir tun? Einfach unsere Arbeit!



# INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

## FRUST, ÜBERSTUNDEN UND IMMER WEITERE NEUE AUFGABEN

Liebe Kollegin, lieber Kollege,



die meisten von Euch werden die Sommerferien sicherlich mit der Familie dazu genutzt haben, die Urlaubsfreiräume zur Erholung zu nutzen. Allen anderen, die ihren Urlaub noch vor sich haben, wünschen wir an dieser Stelle ebenfalls eine gute Erholung.

Die Überschrift unseres Vorwortes ist nicht zufällig gewählt. Ob es dem „sogenannten Sommerloch“ in der medialen Berichterstattung geschuldet ist, können wir an dieser Stelle nicht aufklären.

Jedenfalls überschlagen sich die Innenminister der Länder (meist die Unionsgeführten) mit Vorschlägen, wie sie der offensichtlichen prekären Lage der Inneren Sicherheit wirksam Herr werden wollen!

Allein im Bereich der Bundespolizei kommen arbeitstäglich Vorschläge für eine Neuausrichtung.

Zur Erinnerung: es waren die Bundesinnenminister, die in Verantwortung zu folgenden Missständen beigetragen haben:

**Drei Millionen Überstunden** wurden angehäuft, die **Abwesenheiten durch Krankheit** haben einen historischen Höchststand erreicht, was für eine Überlastung der Beamten spricht, **die Ausstattung** ist mithin defizitär, Waffensystem und Schutzausstattungen sind nicht mehr geeignet, terroristischen Anschlägen wirksam zu begegnen.

# POLIZEI REPORT

Vorwort	3
Anhörung im Landtag	6
Die Polizei im Fokus	9
Grillfest der GdP Südhessen	11
Neuer Polizeipräsident im PP Südhessen	15
Rede des PP Bernhard Lammel	
Einladung zum Herbstspaziergang	16
Rede des Personalratsvorsitzenden zur Amtseinführung von PP Lammel	19
SPD vor Ort im Odenwald	20
Kreisgruppe Bergstraße	21
JHV der Kreisgruppe Groß-Gerau	23
Kennzeichnungspflicht – was hat es gebracht?	24
Eigensicherung bei GAW / Ordnungsbeh.	27
Wachpolizei	28
Seniorensenar	29
Fristen bei Beihilfeanträgen	30
Bundesverfassungsgericht zu Beleidigungen	30

# inhalts

**Reviere werden geschlossen oder zusammgelegt**, berichtet der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jörg Radek.

Wie sieht es im Vergleich bei der hessischen Polizei aus?

Nicht wirklich besser, wenn man sich zum Punkt Belastung den Erhebungen zu den Fehlzeiten zuwendet. Kolleginnen und Kollegen sind länger krank, was dazu führt, dass die anderen die Arbeit abfan-

gen müssen. Dies wiederum führt dazu, dass eine stetige Belastung auf wenigen Schultern verteilt wieder zu physischen und psychischen Störungen führt, die nachvollziehbar auch Ausfälle nach sich ziehen.

Die drei Millionen Überstunden, die die hessische Polizei vor sich her schiebt, sollen durch die Bereitstellung von 15 Millionen Euro in diesem Jahr wirksam abgeschmolzen werden. Nur wie?



**“Da habe ich vor fünf Jahren als Abiturient beim Ferienjob in einer Tankstelle einen höheren Lohn erhalten”**

**Eine Kollege zur Höhe der Vergütungssätze bei einer Auszahlung von Überstunden**

Die erste Auszahlungsrate brachte einen Mittelabfluss in Höhe von rund 4,6 Millionen Euro.

Diese geringe Zahl der vergütbaren Mehrarbeit resultiert zum einen aus der (mittlerweile nicht mehr existenten) Mehrarbeitsvergütungsverordnung des Bundes, die auch in Hessen zur Anwendung kam. Zum anderen wollen die Kolleginnen und Kollegen oftmals keine finanzielle Vergütung, weil nach Abzug der Besteuerung ein Netto herauskommt, das die geleistete verantwortungsvolle Arbeit auch nicht ansatzweise entlohnt!

**Ein Kollege brachte es auf den Punkt: da habe ich vor fünf Jahren als Abiturient beim Ferienjob in einer Tankstelle einen geringfügig höheren Lohn erhalten!**

Und ja, es gibt nach wie vor die gesetzlich nicht vermeidbaren Verjährungsfristen. Aber über Jahre wurde in Hessen bewusst hingegenommen, dass Tausende von Überstunden in eine Verjährung laufen.

Wie bitte ist es sonst den Beschäftigten erklärbar, dass sie, wenn sie einen Freizeitausgleich in Anspruch genommen haben, immer die jüngsten Stunden dafür verrechnet wurden.

Dies war den politisch Verantwortlichen von Beginn an bekannt. Wir haben jahrelang darauf hingewiesen und eine Umkehr dieser Abbaureihenfolge gefordert. Dies ist immerhin mit Erlass seit diesem Jahr so umgesetzt.

**Wir fordern aber die Landesregierung unmissverständlich dazu auf, eine Ausnahmeregelung für die finanzielle Vergütbarkeit der verjährten Stunden zu schaffen.**

**Denn die Beschäftigten haben dies nicht verbockt, das war eindeutig die politische Führung.**

**Und..., geht nicht gibt's nicht!**

Führungskräfte stecken zudem in einer Zwickmühle. Einerseits wollen sie die Mitarbeiter motivieren, möglichst viele Stunden finanziell abzubauen. Weil eben

personelle Engpässe ein geordnetes Abbauen der Stunden durch Dienstfrei nicht möglich machen.

Zum anderen erkennen Führungskräfte nicht an, dass die Kolleginnen und Kollegen eben aus dargelegten Gründen keine finanzielle Vergütung wünschen. Dann gipfelt teilweise das Führungsverhalten darin, dass man Mitarbeitern das Dienstfrei verwehrt und droht mit Verfall der Stunden. Wenn so die vielgerühmte Führungskultur zum Ausdruck kommt, verstehen wir die Welt nicht mehr!

**Wir erwarten von den Führungskräften einen Stundenabbau mit Augenmaß und Respekt vor der geleisteten Arbeit und in Absprache mit den Beschäftigten zu betreiben. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.**

Letztlich müssen die Behördenleiter dem Minister erklären, warum die zur Verfügung gestellte Summe von 15 Millionen möglicherweise nicht in Anspruch genommen wurde.

Mit der Hessischen Mehrarbeitsvergütungsverordnung sollte es einfacher und besser werden, Mehrarbeitsstunden finanziell zu vergüten. Die kommenden Jahre werden aufzeigen, sofern die Politik die Haushaltsmittel dazu zur Verfügung stellt, wieviel besser die neue Verordnung ist.

**Wir fordern die Landesregierung unmissverständlich auf, eine Ausnahmeregelung für die finanzielle Vergütbarkeit der verjährten Stunden zu schaffen.**

**Denn die Beschäftigten haben dies nicht verbockt, das war eindeutig die politische Führung.  
Und..., geht nicht gibt's nicht!**

Wir sind uns bewusst, dass die personellen Verstärkungen langsam den Arbeitsdruck bremsen werden. Langsam. Hinzu kommen aber ständig neue Herausforderungen, die die hessische Polizei meistern muss.

Personell bedeutet dies in fast allen Fällen, dass neue Kriminalitätsbekämpfungsstrategien „aus dem eigenen Saft“ gestemmt werden müssen.

Jüngste Beispiele dazu sind die flächendeckenden Einrichtungen einer OPE Staatsstutz und die damit einhergehende Reorganisation der „ReSi – Kräfte“.

Hinzu kommen personelle Mehrbedarfe beim Landesamt für Verfassungsschutz,

**Das LPP erklärt Behörden und Personalräten, dass ein Personalersatz erst in den kommenden Jahren zu erwarten ist.**

**Wer erklärt den Bürgerinnen und Bürgern dann die Folgen?**

die sich ebenfalls aus dem Personalpool der hessischen Polizei bedienen, bis hin zur Einrichtung neuer Organisationseinheiten.

Die Sondereinheiten wie SEK werden, was wir ausdrücklich begrüßen, ebenfalls aufgestockt.

**Am Ende steht aber auch die sichtbare Präsenz der Polizei auf öffentlichen Plätzen, das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von IHRER Polizei.**

**Das Landespolizeipräsidium erklärt Behörden und Personalräten, dass ein Personalersatz erst in den kommenden Jahren zu erwarten ist. Wer erklärt den Bürgerinnen und Bürgern dann die Folgen?**

Zurück zur Eingangsbetrachtung. Klingt es in den Ohren der Polizistinnen und Polizisten in Deutschland nicht wie Spott, dass diejenigen, die die Personalmisere mitverantwortet haben, sich nunmehr mit Vorschlägen überschlagen, wie man der defizitären Lage bei Personal, Ausstattung und Zufriedenheit Herr werden will?

Es wird aus unserer Sicht höchste Zeit, dass die Aufrichtigkeit der Bemühungen der politisch Verantwortlichen erkennbar und damit spürbar wird!

Diese drückt sich nicht zuletzt auch bei der Alimentierung der Beamtinnen und Beamten aus. Einer wirk- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses in Hessen indes sind wir aber genauso weit entfernt, wie Politiker aller Couleur, wenn es um deren Glaubwürdigkeit innerhalb der Bevölkerung geht.

Eure Redaktion

**Wertschätzen und Wort halten!**

# ANHÖRUNG IM LANDTAG ZUR BEAMTENBESOLDUNG



Noch in der Wahlwoche, in den Nachmittagsstunden des 10. Mai 2016, machte der durch CDU und Bündnis 90 /die Grünen eingebrachte Gesetzentwurf (DS 19 / 3373) zur Beamtenbesoldung 2016 in „Windeseile“ landesweit die Runde. Ganze Dienstgruppen verweigerten in Kenntnis des vorgelegten Gesetzentwurfs daraufhin ihre Bereitschaft, an den Personalratswahlen teilzunehmen und ihre Stimmen abzugeben! Damit blieben viele treue Stammwählerinnen und Stammwähler den Wahlurnen fern!

Ob und inwieweit die Veröffentlichung dieses Gesetzesentwurfs in Kenntnis oder Unkenntnis der bei der hessischen Polizei laufenden Personalratswahlen bewusst gesteuert wurde, kann an dieser Stelle nicht aufgelöst werden. Festzustellen ist aber, dass diese „Kaltschnäuzigkeit“ der Regierungsfractionen deutlich macht, was ihnen die hessischen Polizei-, Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und –beamten wert sind!

Bereits im Jahre 2011 hatte der Hauptpersonalrat der hessischen Polizei die Interessen der Polizeivollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamtinnen und –beamten in einer öffentlichen Anhörung im Innenausschuss auf den Punkt gebracht. Seiner Zeit waren landesweit alle Kolleginnen und Kollegen per E – Mail aufgefordert, ihre Sicht der Dinge (zur damaligen beabsichtigten Tarifübertragung auf die Beamtinnen und Beamten) ungefiltert darzustellen.

Auch fünf Jahre später hatte der HPR zu diesem Mittel gegriffen. Aus allen Bereichen der hessischen Polizei erreichten uns E –Mails, die zum Teil auch unter die Haut gingen. Neben den am 30. Juni 2016 zahlreichen anzuhörenden Verbänden und Gewerkschaften hatten wir als Hauptpersonalrat der hessischen Polizei unseren Beschäftigten im Rahmen der Anhörung also auch eine Stimme verliehen, die durch sehr viele E – Mails von Kolleginnen und Kollegen inhaltlich gestützt wurde.

Leider blieben den Anzuhörenden nur rund 7 Minuten Zeit, die Argumente vorzutragen. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Anzuhörenden Verbände und Gewerkschaften wurde die Redezeit vom Präsidium reglementiert.

An dieser Stelle geben wir den Wortlaut der mündlichen Stellungnahme des Vorsitzenden des HPR der Polizei wider:

„Sehr geehrter Vorsitzender, sehr geehrter Herr Staatsminister Beuth, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Vorsitzender der legitimierten Beschäftigtenvertretung unserer Polizei weise ich zu Beginn gerne auf die Tatsache hin, dass heute alle Polizei – Personalräte anwesend sind und somit die Geschlossenheit dokumentieren.



GdP-Chief Grün nimmt Stellung

Über 19.000 Beschäftigte gehen einen gemeinsamen Weg, der durch den hessischen Tarifabschluss und letztlich einer gerechten Übertragung desselben auf die Beamtinnen und Beamten enden sollte. Einvernehmlich!

Während der Tarifabschluss und damit die Teilhabe an der Einkommensentwicklung zu begrüßen ist, bleiben die Beamten das Sparreservoir dieser Landesregierung. Nach einer verordneten Null – Runde 2015 nun 1 %!

Wir haben unsere Kolleginnen und Kollegen gefragt, was sie von der dramatischen Entwicklung im hessischen Besoldungsbereich halten. Die bei uns eingegangenen Kollegenmeinungen, die auch vielfach die Meinungen von Familien-, Freunden und Bekannten mit ausdrücken, habe ich für jede Fraktion zusammengefasst und werde je ein Exemplar im Nachgang beim Vorsitzenden abgeben. Da die Polizei rund um die Uhr (wir nennen dies 24/7) im Dienst ist, können Sie alle hier nur erahnen, wie viel Unmut uns dazu erreicht hat.

Ich nehme es gerne vorweg: nicht ein einziger Polizeibeschäftigter begrüßt den hier vorgelegten Gesetzentwurf von CDU und Bündnis 90 / die Grünen. Quer durch alle Hierarchien, durch alle Besoldungsgruppen, vom Polizeikommissar – Anwärter bis zum Polizeipräsidenten, haben wir Meinungen aus der Mitte der Kollegschaft erhalten. Bereits vor 5 Jahren hier an gleicher Stelle, damals ging es um die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des





Die Teilnehmer der GdP Hessen während der 2. Lesung des Besoldungsanpassungsgesetzes vor dem Hessischen Landtag

Tarifabschlusses, wurde der Unmut, die Enttäuschung und die mangelnde Wertschätzung im Kreise unserer Beschäftigten laut. Was aber jetzt in den Kommissariaten, Polizeidienststellen, geschlossenen Einheiten, bei Kriminal- Schutzpolizei unisono kolportiert wird, sprengt den ohnehin knappen Anhörungszeitraum, der uns heute zur Verfügung steht.

Erlauben Sie mir, zu unserer abgegebenen Stellungnahme drei Kernpunkte zu nennen, die unsere Kolleginnen und Kollegen am meisten umtreiben: Vor dem Hintergrund der immer komplexeren, gefahrgeneigten polizeilichen Tätigkeiten, dem allgegenwärtigen internationalen Terrorismus, siehe Anschlag in der Türkei am vorgestrigen Abend, verstehen wir es nicht mehr, warum das Dienst- und Treueverhältnis einseitig zersetzt wird. Ich begründe dies damit, dass alle Sparmaßnahmen der letzten 15 Jahre die Polizeibeschäftigten erheblich belastet haben!

Zweiter Punkt: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf findet nicht mehr flächendeckend statt, da die personelle Situation, insbesondere in den Basisdienststellen dies nicht zulassen. Dies führt neben der Anhäufung von Überstunden auch zu Belas-



GdP-Protest und Presseauskünfte zur Kundgebung auf dem Wiesbadener Dern'schen Gelände während der Gesetzesberatung

tungsüberschreitungen, die in Folge durch Abwesenheitsstatistiken auch zu belegen sind. Wie überdies bekannt wurde, werden im August auch wieder nicht 100 % der Fehlstellen in den Polizeibehörden ersetzt, weil zu viele PK / KK die Laufbahnprüfung nicht geschafft haben.

Wer, wenn nicht die Polizeibeschäftigten selbst, stehen mit ihren erbrachten Leistungen für die Polizeiliche Kriminalstatistik. Engagement, harte Arbeit und eine besondere Arbeitsbereitschaft sorgen jährlich dafür, dass Hessen mit der PKS in Vergleich der Länder glänzt. Ich habe die große Sorge, dass dies



nummehr, auch und gerade wegen der spürbaren mangelnden Wertschätzung, dazu führen wird, dass viele Kolleginnen und Kollegen künftig „Dienst nach Vorschrift“ machen werden.

Dritter Punkt: Die Zunahme von Gewalt gegen Polizei-beschäftigte, die nicht nur in Hessen, sondern auch Deutschlandweit zu konstatieren ist, sollte insbesondere mit Blick auf andere, benachbarte Bundesländer auch in Hessen durch die Übernahme von dem hessischen Tarifabschluss für die Polizei-, Fach und Verwaltungsbeamten alimentiert werden. Was nützen immer bessere Schutzausstattungen, wenn die leistungsgerechte Besoldung dabei auf der Strecke bleibt.

Leider kam es im Nachgang zur Anhörung und den dann im Plenum folgenden Sitzungen und Lesungen des Gesetzentwurfs zur Beamtenbesoldung bekannter Weise nicht mehr zum gewünschten Erfolg, der geforderten zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung.

Dies soll uns aber nicht minder ermuntern, für die Beschäftigteninteressen weiter in den Personalräten und im Hauptpersonalrat der hessischen Polizei zu kämpfen und zu streiten. Erste



Lichtblicke, namentlich die von der Landesregierung beschlossenen Mehreinstellungen bei der Polizei bis 2020, wurden bereits wahrgenommen.

bleibt zu hoffen, dass unter Einbeziehung aller Polizeibehörden es auch nachhaltig gelingt, möglichst viele der angehenden Polizei- und Kriminalkommissare nach dem Studium in den Dienststellen begrüßen zu können!"

GdP/JM

# FRIEDLICHE GESELLSCHAFT – DIE POLIZEI IM FOKUS



Friedliche Gesellschaft durch Anschläge im Wandel – kann die Polizei diese Lagen bewältigen?

**Fast täglich erfahren wir aus den Medien, dass Polizeibeschäftigte (immer häufiger) Opfer von Straftaten werden. Der sogenannte Respekt vor den uniformierten in unserer Gesellschaft schwindet, auch Angehörige der Feuerwehren und der Rettungsdienste sind immer öfter Angriffsziel körperlicher Angriffe.**

Oftmals sind es Angriffe gegen die körperliche Unversehrtheit, in den schlimmsten Fällen werden auch Waffen eingesetzt, um vorsätzlich und nachhaltig das Leben und die Gesundheit der Staatsdiener zu gefährden bzw. zu schädigen!

Mit schlimmen Folgen für die Opfer: psychische Traumatisierungen und mitunter schwere physische Verletzungen sind Folgen, die nicht an den Uniformen hängen bleiben oder nach dem Dienst im Dienstspind verstaut werden können. Familienangehörige leiden mit, wenn Mutter oder Vater als Ordnungshüter Opfer einer Straftat wurden. Scheinbar alltägliche und zunächst harmlose Situationen – sogenannte Routinesituationen – eskalieren mitunter!

Trauriger Höhepunkt und Beleg für diese, leider zu konstatierende gesellschaftliche Fehlentwicklung war unter anderem auch der Mord an unserem Kollegen am zurückliegenden Heiligabend 2015 in Herborn. Aber auch die Ereignisse vor dem Olympia Einkaufszentrum in München machen klar, dass eine „ge-

genwärtige Gefahr“ besteht. Ali S. war 18 Jahre alt, als er in München neun Menschen und sich selbst erschoss!

Die meisten Bürgerinnen und Bürger lehnen Gewalt gegen Polizeibeamte ab. Sie stehen hinter „ihrer Bürgerpolizei“, ohne die es im gemeinsamen Miteinander im Alltag nicht geht. Aus der Mitte der Gesellschaft werden die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte oft als „Menschen in Uniformen“ wahrgenommen. Viele von uns sind mit Leib und Seele Polizist geworden und lieben ihren Beruf! Polizistin oder Polizist wird man nicht aus einer Laune heraus! Zahlreiche Studien belegen, dass viele junge Menschen den Polizeiberuf aus den unterschiedlichsten Motivationslagen ergriffen haben. Dabei steht oftmals ein Gedanke im Vordergrund: anderen zu helfen und schwächere zu schützen!

Unsere Gesellschaft ist derzeit geprägt von den allgegenwärtigen, weltweiten terroristischen Bedrohungslagen. In unseren Nachbarländern Belgien und Frankreich eskalierte bereits mehrfach der Terror, der unschuldige Menschenleben – auch von dort eingesetzten Polizistinnen und Polizisten – forderte. Der Ruf in Deutschland nach dem Einsatz der Bundeswehr in Innern wird zunehmend lauter.

Es stellt sich die Frage, ob dieser Paradigmenwechsel auch dem Anlass, der

Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, wirksam begegnen kann. Allen voran die Bundesverteidigungsministerin: Die Debatte war gerade wieder eingeschlafen, als Ursula von der Leyen sie mit ein paar Sätzen von neuem belebte. Einen Tag nach der Bluttat von München sagte die christdemokratische Verteidigungsministerin, am Abend zuvor seien für den Fall der Fälle Feldjäger in Bereitschaft versetzt worden.

Hätte es sich um eine terroristische Großlage gehandelt, hätten sie eingreifen können. Und schon ging der Streit um Einsätze der Bundeswehr im Innern von neuem los – obwohl die Wortmeldung der Ministerin zunächst mehr Fragen als Antworten produzierte. Erste Frage: Wäre ein solcher Einsatz zulässig gewesen? Antwort: Nur wenn es wirklich um eine terroristische Großlage gegangen wäre.

Zweite Frage: Wie viele Feldjäger hätte man an einem Freitagabend auf die Schnelle überhaupt bereitstellen können? Hier wollte die Bundeswehr zunächst nicht mit einer Zahl herausrücken, schob dann aber nach, es habe sich um „etwa 100 Kräfte“ gehandelt – ohne zu präzisieren, wie viele davon Feldjäger gewesen wären und wie viele etwa Sanitäter. Womit die dritte Frage bleibt: Was könnte die Bundeswehr in einer solchen Lage überhaupt leisten, was die Polizei nicht kann?



Der Bundesvorsitzende der GdP stellte zu diesem Thema fest: In dieser angespannten Situation sind Besonnenheit und Augenmaß gefragt. Gerade nach dem allseits gelobten Einsatz der Polizei im Zusammenhang mit dem Münchner Amoklauf verbieten sich solch olle Kamellen. Der Ruf nach der Bundeswehr suggeriert, dass die Polizei nicht mehr Herr der Lage wäre und es eine Notstandssituation gäbe – aber das ist absolut falsch.“ Malchow weiter: Die Bundeswehr sei für die äußere, die Polizeien der Länder und des Bundes seien für die innere Sicherheit zuständig, bekräftigte der GdP-Vorsitzende. Diese Trennung habe sich in Krisenzeiten bewährt, und auch heute gebe es keinen Grund, diese Trennung aufzuheben.

Es sei unzweifelhaft, dass die gegenwärtige Terrorlage Polizistinnen und Polizisten stark beanspruche. Der Ruf nach der Bundeswehr sei aber der falsche Weg, die Sicherheitslage zu verbessern. Terroristen sind gefährliche Straftäter. Sie zu verfolgen, dingfest zu machen und vor Gericht zu stellen ist eine Aufgabe von Polizei und Justiz, die bislang auch erfolgreich bewältigt wurde“, betonte Malchow. Die jüngsten Anschläge hätten eindrucksvoll belegt, dass die Polizeien der Länder und des Bundes auch innerhalb kürzester Zeit gut ausgebildete und entsprechend ausgerüstete Polizeibeamte an den Ort des Geschehens bringen könnten.“

Die Innenminister der Länder und der Bundesinnenminister haben erkannt, dass in den zurückliegenden Jahren das personelle Korsett der jeweiligen Polizei so zugezogen wurde, dass es mitunter vereinzelt „gerissen“ ist. Mit der Folge, dass immer weniger Personal für die alltägliche Kriminalitätsbekämpfung unserer Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Hier sind die in den letzten Jahren stark angestiegenen Kriminalitätsphänomene wie Cybercrime und Internetkriminalität noch nicht umfassend mit einbezogen. Es bedarf dringend der zusätzlichen Einstellung von Spezialisten, um diesen Phänomenen auch wirksam und nachhaltig entgegen zu treten. Dazu der GdP – Chef: Nach den Anschlägen und Gewalttaten der letzten Woche wird intensiv über die Abgründe des sogenannten Darknet diskutiert. Dieses mehr oder weniger geheime Netz ist für die Polizei kein Neuland. Erfolgreiche Ermittlungen beispielsweise im Bereich der Kinderpornografie haben das deutlich gezeigt. Da aber das Internet einen immer stärkeren Part in unserem Leben einnimmt, muss



die Polizei auch dort, die immens wichtige Präventions- aber auch Ermittlungsarbeit leisten können“.

Solche Stellen müssen attraktiv sein, um die IT – Spezialisten vom freien Arbeitsmarkt für die Kriminalitätsbekämpfung gewinnen zu können. Leider sind hier die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt bzw. macht die Anzahl der eingestellten IT – Spezialisten bei der hess. Polizei deutlich, dass erheblicher Optimierungsbedarf besteht. Der Beruf bei der Polizei ist ein besonderer – er muss durch konsequente Finanzierung in Personal und Ausstattung auch entsprechend bedacht sein! Stellenmehrungen und Stellenhebungen, die im Landeshaushalt 2016 mit sogenannten kw – Vermerken versehen wurden, taugen temporär aber nicht langfristig! Hier ist eine schnelle Bereinigung, gerade auch vor dem Hintergrund der steigenden Steuereinnahmen durch die Landesregierung vorzunehmen!

Ein wesentlicher Kriminalitätsschwerpunkt in Deutschland und damit auch im sog. Transitland Hessen ist die Wohnungseinbruchdiebstahl, die nachweislich rasant Fahrt aufnimmt. Die verkehrsgünstige Lage Hessens bietet reisenden Tätern gute Möglichkeiten Tatorte zu erreichen und nach der Tat eine schnelle Flucht anzutreten. Daher werden die Kontrollen auf den Bundesautobahnen intensiviert um Täter festzunehmen, Diebesgut sicherzustellen, neue Erkenntnisse zu gewinnen, aber auch um potenzielle Täter zu verunsichern. Noch im Juli 2016 wurden hessenweit Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstahl ergriffen. Diese zusätzlichen Maßnahmen stemmen unsere Kolleginnen und Kollegen aus

der Alltagsorganisation. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger indes gilt es nicht ausschließlich durch Brennpunktmaßnahmen zu bekämpfen, sondern durch eine nachhaltige präventive Bekämpfung. Dazu braucht es Personal und dienstliche Freiräume, um wirksam vorgehen zu können.

Es besteht der ausdrückliche Wunsch vieler Menschen, dass die Politik nachhaltige Voraussetzungen für eine gut ausgebildete-, ausgestattete und gut bezahlte Polizei schafft. Die Anforderungen steigen permanent, selbstredend müssen damit auch die stetigen Anpassungen und Verbesserungen einhergehen. Diesem Wunsch aus der Mitte der Gesellschaft kommen die Bundesländer im föderalen Aufbau der Bundesrepublik unterschiedlich nach. Bemerkenswert und nicht vergessen: die hessische Polizei rangiert im Ländervergleich bei der Besoldung leider nicht auf den vorderen Plätzen. Mit weitreichenden Folgen für viele Polizistinnen und Polizisten und deren Familien!

Betrachtet man die Einkommensentwicklung der hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den zurückliegenden Jahren fällt auf, dass die dienstlichen Anforderungen jährlich ansteigen, die Entwicklung der Gehälter indes längst nicht mehr mit den Tarifabschlüssen in Hessen Schritt halten. Unrühmlicher Höhepunkt nach der verordneten Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten im letzten Jahr war die Gesetzesinitiative von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen zur Beamtenbesoldung in diesem Jahr.

Trotz all der geschilderten Belastungen und damit einer spürbaren, mangelnden Wertschätzung der geleisteten Arbeit unserer Polizeibeschäftigten bleiben unsere Kolleginnen und Kollegen (noch) motiviert.

Die unlängst durch die Landesregierung getroffenen personellen Maßnahmen, 1150 zusätzliche Stellen für die Polizei einzustellen, werden ausdrücklich begrüßt.

Schon jetzt steht aber fest, dass sicherlich nicht alle Studierenden das Ziel erreichen, also ihre Ausbildung erfolgreich abschließen werden. Wir konstatieren leider immer häufiger, dass die ansteigende Zahl der Studienabbrecher nicht ohne Gegenmaßnahmen aufzuhalten ist. Sicherlich hat dies auch mit einer Qualitätssicherung im Studium zu tun, denn Grundlagen, die nicht früh gelegt werden, sind in der modularen Ausbildung schwer

nachzuholen. Erst recht nicht, wenn die angehenden und damit potentiellen Bewerberinnen und Bewerber immer häufiger in andere Bundesländer blicken, die ebenfalls Mehrbedarfe bei den Einstellungen haben. Vorausschauend bedarf es einer bisher noch nicht gekannten Kraftanstrengung aller hessischen Polizeibehörden, um die Masse an zusätzlichen Studierenden ohne Qualitätsverluste auch durch das Studium bringen zu können.

Die Hochschule für Polizei und Verwaltung, die AFE'en der Bereitschaftspolizei, die Praxis- und Schießausbilder der Flächenpräsidien und die nebenamtlichen Lehrkräfte können (ohne weitere personelle Verstärkungen) die hohen Qualitätsansprüche so nicht durchgän-

gig halten. Hinzu kommt, dass geeignete Schießstätten fehlen und weitere Einsatztrainingszentren bei der Polizei zwar in Planung sind, eine Fertigstellung bzw. Indienststellung derzeit überhaupt nicht absehbar ist.

HfPV, HPA und HBP stoßen an logistische Grenzen, wenn es beispielsweise um das Lehrsaalmanagement geht. Gleiches gilt für das Schießstättenmanagement, bei hohen Ausbildungsraten und alltäglichem Schießbetrieb.

Daher müssen schnell Entscheidungen getroffen werden, was der Polizei letztlich auch der hohe Qualitätsanspruch der Ausbildung wert ist.

Um es an dieser Stelle klar zu formulieren: eine Reduzierung der Fortbildung-

gen zu Gunsten erhöhter Einstellungen kann nicht die Lösung sein! Die zur Verfügung stehenden Seminarräume in den Behörden und der HPA platzen aus allen Nähten und Anmietungen von Fremdgebäuden oder Containerlösungen werden bereits in Erwägung gezogen. Darüber hinaus müssen Szenarien zur Bewältigung von Terroranschlägen bei der Polizei so trainiert werden, dass im Falle eines Anschlags auch durchgängig professionell gehandelt werden kann. Dies erfordert nicht nur ausgefeilte Übungsszenarien, sondern auch verlässliche dienstliche Freiräume, die den Interventionskräften dafür zur Verfügung stehen. ■

GdP/JM

## GRILLFEST DER GDP SÜDHESSEN EIN VOLLER ERFOLG

Die GdP Südhessen hat am Freitag den 08. Juli 2016 alle Beschäftigte und Pensionäre des Polizeipräsidium Südhessen zu einem gemeinsamen Grillmittag in lockerer Runde an die Grillhütte des Präsidiums eingeladen.



Grillmeister am Werk. Die GdP SH dankt Uwe, dass er in seiner Freizeit für mehrere Stunden grillte.

Bei hervorragendem Wetter sind zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der Ein-



Klaus Strack, Roland Hipke BBBank, Christian Richter und Grillmeister Uwe Walzel

ladung gefolgt. Besonders begrüßt wurde, durch den stellvertretenden Bezirksgruppenvorsitzenden Christian Richter, der neue Behördenleiter des Polizeipräsidiums Südhessen, Herr Polizeipräsident Bernhard Lammel.

Unter der organisatorischen Federführung der Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg und dem vielgelobten Grillmeister, Kollege Uwe Walzel, hatten die anwe-

senden Kolleginnen und Kollegen, aktive und Pensionäre und auch ein paar mit ihren Kindern, die Gelegenheit genutzt in lockerer Runde sich auszutauschen und leckeres vom Grill zu genießen.

Geboten wurde außer den obligatorischen Steaks auch verschiedene Wurstararten und auf Wunsch auch frisch gegrillten Käse.





Christian Richter, Uwe Walzel, Polizeipräsident Bernhard Lammel und Dietmar Rodenheber

Kuchen gewählt werden, die von aktiven GdP Kolleginnen und Kollegen gespendet wurden.

Am Rande bot unser Kooperationspartner, die BBBank, die Gelegenheit sich über Leistungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu informieren und das ein oder andere nützliche Werbegeschenk mitzunehmen – was auch rege genutzt wurde.

Als Resümee bleibt so nur festzustellen: es war ein gelungener Nachmittag, der auf Wunsch vieler es zu wiederholen gilt!

Von Seiten der GdP nochmals ein herzliches Dankeschön an alle Unterstützer! Insbesondere natürlich an die aktiven Helfer, aber auch PÖA, die BBBank und die Landmetzgerei Schäfer aus Wolfskehlen die uns mit dem leckeren Fleisch versorgt haben sollen nicht unerwähnt bleiben. ■

Text und Foto: CR

Nicht wenige fanden es so gut, dass sie gleich mehrfach zum Nachschlag kamen und so am Ende weit über 100 Steaks und Würste verzehrt wurden.



Essensausgabe

Doch auch an Salaten, kühlen Getränken und Beilagen gab es keinen Mangel.

Als Nachtisch konnte außer erfrischendem Eis auch aus einer Vielzahl von



Gemütliches Beisammensein



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Südhessen  
der Gewerkschaft der Polizei und der  
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

für Südhessen mit den Kreisen  
Groß-Gerau, Darmstadt, Bergstraße, Odenwald  
und D V/S Südhessen

#### Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün  
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

#### Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,  
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
Geschäftsführer: H. R. Jud

#### Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
Telefon (0 69) 7 89 16 52

#### Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

#### Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südhessen  
Antonio Pedron (ViSDP), Reinhard Wittke, Günter Blitz,  
Carsten Pick

#### Die Bezirksgruppe im Internet:

gdpsuedhessen@gmx.de

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.  
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.  
Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.  
(ISSN 0937-5333)

# NEUER POLIZEIPRÄSIDENT IM PP SÜDHESSEN

## REDE DES POLIZEIPRÄSIDENTEN BERNHARD LAMMEL ANLÄSSLICH DER AMTSEINFÜHRUNG AM 4.7.2016:



Zunächst ein herzliches Dankeschön an Herrn Minister Beuth für seine Ansprache und für die herzlichen Grußworte.

Es ist ein besonderer Tag für mich, denn Herr Staatsminister Beuth führt mich heute in mein zweites Präsidentenamt ein. Ein wahrhaft anspruchsvolles Amt, aber auch ein sehr schönes.

Ich freue mich sehr, dass er mir damit ein besonders großes Vertrauen entgegen bringt.

Vertrauen ist auch ein Wort, das große Bedeutung hat für mein neues Amt, ist es doch das eines sog. „Politischen Beamten“. Was verbindet sich damit und was bedeutet das für mich?

Getreu dem bewährten Grundsatz „ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung“ wurde ich im Beamtenstatusgesetz fündig.

Ich zitiere: § 30 Einstweiliger Ruhestand (Diese Überschrift gibt Mut!)

(1) Beamtinnen auf Lebenszeit und Beamte auf Lebenszeit können jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, wenn sie ein Amt bekleiden, bei dessen Ausübung sie in fortdauernder Übereinstimmung mit den grundsätzlichen politischen Ansichten und Zielen der Regierung stehen müssen. Die Bestimmung der Ämter nach Satz 1 ist dem Landesrecht vorbehalten.

Ein Polizeipräsident ist in Hessen ein politischer Beamter.

Ergänzend findet sich in Wikipedia die Aussage:

„Politische Beamte sind grundsätzlich Bundes- oder Landesbeamte, die aufgrund ihrer herausgehobenen Ämter an der Nahtstelle (oder auch Schnittstelle) von Verwaltung und Politik tätig sind und deshalb stets das (persönliche) Vertrauen der Bundes- oder Landesregierung haben müssen.

Was bedeutet das jetzt für mich?

Selbstredend bewegt sich auch Politik im Rahmen von Recht und Gesetz. Somit ist die Ausgangslage einfach und klar.

Die gesetzlich formulierte Bedingung für mein Amt, nämlich der fortdauernden Übereinstimmung mit den grundsätzlichen politischen Ansichten und Zielen der Regierung ist somit im Kern eine Frage der Schwerpunktsetzung in der Anwendung von Recht und Gesetz.

Dass ein Beamter, nicht nur ein politischer, sich im Rahmen von Recht und Gesetz nach den Vorgaben der politischen Verantwortungsträger, der Regierung (sie heißt deshalb wohl auch so) richtet, ist eine Grundbedingung unseres Gemeinwesens.

Vertrauen – das ist auch in meiner Betrachtung ein elementarer Bestandteil des Amtes eines politischen Beamten.

Vertrauen – ja, ein Minister muss sich unbedingt darauf verlassen können, dass dieser Beamte loyal, klug und offensiv die Wahrnehmung des Regierungsamtes unterstützt.

Mit dem gerne dabei erwähnten vorseilenden Gehorsam hat das für mich nichts zu tun.

Im Gegenteil, ich halte es für illoyal und nicht vertrauensvoll, meine Beratungs- und Unterstützungspflicht auf politisch angenehme Aspekte und schöne Punkte zu begrenzen.

Nach meiner Überzeugung hat der politische Entscheider unbedingten Anspruch auf eine umfassende und sachgerechte Beratung. Er muss einfach darauf vertrauen können.

Gerade in der heutigen Zeit mit den heftigen und sehr vielfältigen Herausforderungen dürfen deshalb auch problematische Aspekte nicht unerwähnt bleiben. Damit meine ich aber nicht ein Verhalten nach dem Motto „melden macht frei, wir haben es doch gesagt“.

Nein – ich meine und stehe für eine eigene, offene und verantwortungsvolle Amtsausübung, darüber hinaus für sachgerechte Beratung und genauso für das Aufzeigen von Lösungs- und Handlungsalternativen. Ich berate vertrauensvoll und unterstütze.

Und wenn dann entschieden ist, ja dann ist entschieden.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Beuth:

Sie werden sich auf mich verlassen können. Ich werde – wie auch in meinen bisherigen Verwendungen – hart arbeiten, um das in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Damit möchte ich nun ein paar Gedanken anschließen, die nach vorne führen.

Hart arbeiten, ja das ist für mich eine Grundbedingung. Das wird aber nicht reichen.

Es wird elementare Bedingung sein, meine Kolleginnen und Kollegen für den Weg unter meiner Verantwortung zu erreichen, aufzuschließen und zu begeistern.

Der Anspruch ist, dass wir gemeinsam zum Wohle der uns anvertrauten gut 1 Mio Bürgerinnen und Bürger gut und anständig arbeiten.

„Wir arbeiten gut und anständig“

Ja – dieser Leitsatz von mir wird auch hier in Südhessen uns Orientierung sein. Ein Leitsatz, der einfach klingt und doch eine enorme Komplexität beinhaltet. Unter „gut“ kann man alles subsumieren was mit der Qualität unserer Arbeit zu tun hat. Wir wollen eine hohe Qualität.



## Gewerkschaft der Polizei Kreisgruppe Darmstadt



### Herzliche Einladung!

**Die KG Darmstadt lädt ihre Mitglieder zu einem Herbstspaziergang ein!**

**Wann: Freitag 21. Oktober um 14:30 Uhr**

**Wo: Chausseehaus Nieder-Ramstadt**  
(Bahnhofstraße 61, 64367 Mühlthal/Nieder-Ramstadt)

Vom Chausseehaus aus starten wir zu einem gemeinsamen Herbst-Spaziergang (max. 1 Std). Anschließend wollen wir in gemütlicher Gemeinschaft bei Kaffee und Kuchen uns austauschen und unsere Gewerkschaftsjubilare ehren, die hierzu gesondert eingeladen werden.

Anmeldungen bitte mit Personenanzahl  
möglichst per Mail bis 16.10.2015 an: [gdp-darmstadt@gmx.de](mailto:gdp-darmstadt@gmx.de)

Informationen zur Anfahrt gibt es unter: [www.chausseehaus-restaurant.de](http://www.chausseehaus-restaurant.de)

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung:

Christian A. RICHTER (Abt Z21) 06151 / 969 – 3500

Thomas DITTRICH (Abt Z22) 06151 / 969 – 3488



Und unter Anständigkeit bringen wir alle die Aspekte zur Regelkonformität oder neudeutsch „Compliance“ unter. Darunter fällt aber auch der anständige Umgang mit dem Bürger und natürlich untereinander. Darunter fällt ein respektvoller Umgang und gegenseitige Wertschätzung. Und dabei sei angemerkt, dass ich schon erreichen möchte, dass unseren Kolleginnen und Kollegen auf der Straße wieder respektvoller entgegen getreten wird.

Wir wollen auch mit unseren vielen Partnern gut und anständig arbeiten, die ebenfalls wichtige Handlungsfelder besetzen, damit unser Gemeinwohl richtig und angemessen funktionieren kann.

So freue ich mich auf die gemeinsamen Aufgaben und Begegnungen mit den benachbarten hessischen und außerhessischen Kolleginnen und Kollegen, den Damen und Herren der Justiz, der Kommunen und allen Verantwortungsträgern und Institutionen, die zu Recht in uns einen verlässlichen Partner sehen.

An dieser Stelle möchte ich betonen, dass ich hier auf einem bereits gut bestellten Feld aufsetzen kann. Ein herzlicher Gruß geht an Gosbert Dölger, meinen Vorgänger im Amt und früher auch mein Polizeipräsident. Wir haben damals schon die gleichen Ziele verfolgt, nämlich, für diese Region aus polizeilicher Sicht, das Beste zu erreichen. Dabei haben wir leidenschaftlich um die besten Wege gerungen. Und ich glaube, dass wir uns in einem sehr ähnlich sind, wir arbeiten beide mit viel Herzblut und Vertrauen spielt für uns beide eine wichtige Rolle.

Natürlich habe ich aus der Distanz die Entwicklung in dieser Region und in meinem alten und neuen Präsidium verfolgt. Ich freue mich auf die Arbeit mit den guten und anständigen Kolleginnen und Kollegen in Südhessen. Die sind sehr deutlich in der Überzahl, finden aber in den Befassungen oft nur geringe oder sogar keine Erwähnung. Natürlich ist es richtig, sich mit Minderheiten und Problembereichen zu befassen. Aber wir sollten auch der großen, oft schweigenden Masse unserer Kolleginnen und Kollegen einfach mal sagen, dass sie es sind, die den Dampfer fahren und Garanten sind für das Gelingen unserer Vorhaben.

Herzlichen Dank – Wir werden eine gute Zeit haben!

Den Verantwortlichen, die für die Belange der Bediensteten eintreten, reiche ich die Hand und wünsche mir eine vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit, da unsere Kolleginnen und Kollegen mit Streit, Stress und anderen Selbstbefassungen nichts gewinnen werden. Im Übrigen leidet auch das verdiente Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in uns, die aus meiner Sicht zu Recht dafür wenig Verständnis aufbringen.

Nun möchte ich noch ein paar Worte des Dankes anschließen.

Ich danke nochmals Herrn Minister Beuth für das Vertrauen in mich.

Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die mich bei meinen bisherigen Verwendungen und Ämtern begleitet und unterstützt haben. Ich bedanke mich stellvertretend bei EPHK a.D. Martin Grimm, zuletzt Stationsleiter in Bensheim, der dem jungen Polizeirat Lammel im zarten Alter von 34 Jahren half, als Leiter S laufen zu lernen. EPHK a.D. Peter Willhardt war als mein Leiter Führungsgruppe in meiner PD-Leiter Zeit ein super Kollege und vertrauensvoller Unterstützer. Herzlichen Dank dafür und schön, dass wir uns heute wiedersehen.

Ein besonderer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung, mein vorheriges Präsidium. Eine kleine Abordnung mit Frau Dr. Schmidt an der Spitze gibt mir heute die Ehre. Ich freue mich, dass Sie da sind. Und Sie haben mir den Abschied verdammt schwer gemacht.

Ein herzlicher Dank geht aber auch schon ins PP Südhessen. Ich bin tief beeindruckt von den vielen Kolleginnen und Kollegen, die mich mit einem ehrlichen und fröhlichen Gesichtsausdruck begrüßt haben, viele, die mich noch kennen und offensichtlich in guter Erinnerung behalten haben, aber auch neue Gesichter, die mit mir jetzt in die Zukunft gehen.

Ich danke dem Polizeiorchester, die nun schon das zweite Mal für mich aufspielen dürfen.

Beschwingt und wie immer ausgezeichnet.

Ich danke allen sehr herzlich, die an der Vorbereitung und Durchführung dieser schönen Veranstaltung Hand angelegt

haben. Die Herausforderung war riesig, die vorgegebene Zeitleiste sportlich.

Und ich danke meiner Familie, besonders meiner Frau, die mir die Zeit gibt, meinen Beruf zu leben.

Im Anschluss an das letzte Musikstück darf ich Sie bereits jetzt im Namen von Herrn Minister Beuth noch zu einem Mit-einander bei Kaffee und Kuchen einladen.

Das nun abschließende Musikstück heißt „A closer walk“, Grundlage ist ein Gospelsong und beschreibt die Hoffnung als schwacher Mensch immer die Nähe zu Gott zu haben.

Bisher hat es der liebe Gott mit mir wahnsinnig gut gemeint, ich vertraue ihm, dass er mir weiterhin hie und da den Schubs in die richtige Richtung gibt.

Und nun: Packen wir's an.

Herzlichen Dank Herr Minister, herzlichen Dank Ihnen allen, dass Sie mir heute die Ehre erweisen.

Auf eine gute, gemeinsame Zeit der Nähe zu einander! ■





# NEUER POLIZEIPRÄSIDENT IM PP SÜDHESSEN

## REDE DES PERSONALRATSVORSITZENDEN ZUR AMTSEINFÜHRUNG VON POLIZEIPRÄSIDENTEN BERNHARD LAMMEL

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident Lammel,

Sehr geehrte Frau Lammel,

Sehr geehrter Herr Staatsminister Beuth,

Sehr geehrter Herr Leitender Polizeidirektor Denninger,

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute ist der 04. Juli 2016 und wir feiern die Amtseinführung des neuen Polizeipräsidenten im Polizeipräsidium Südhessen von Bernhard Lammel.

Ich danke Ihnen für die Einladung und als Vertreter der Belegschaft ist es mir ein Anliegen ein Grußwort zu halten.

Am 20. Juni diesen Jahres wurde im Ministerium in Wiesbaden eine gute Entscheidung getroffen. Herr Beuth, das Kabinett ist Ihrer Empfehlung gefolgt. Dafür gratulieren wir Ihnen. Es gibt auch Entscheidungen in der Vergangenheit die in Wiesbaden getroffen wurden, welche nicht so gut waren-

Ich habe jetzt nicht die Besoldungsrunde gedacht, das haben Sie gedacht, Ich meine hier konkret die Entscheidung, dass Bernhard Lammel neuer Polizeipräsident in Südhessen werden soll. Interessant war, dass eine Abschiedsankündigung im Intranet des PTLV titelte: „Der Minister hat’s entschieden, das Kabinett hat es beschlossen und wir müssen es ausbaden“ mit der Nebenwirkung, dass wir in Südhessen uns im PTLV unbeliebt gemacht haben ohne einen Beitrag dazu geleistet zu haben. Das ist ein interessanter Vorgang Herr Lammel, dass die Kollegen im PTLV etwas sauer auf uns sind, und es uns nicht unbedingt so richtig gönnen, dass Sie heute unser „Neuer“ sind. Aber das Ganze Herr Lammel spricht ausdrücklich für Sie- Für Ihr dortiges Wirken und Tun. Ich selbst durfte im HPR einen fast einstündigen Vortrag erleben über die Ausrichtung, Ideen und Aufgaben des PTLV den sie vorgetragen haben. Sie hatten mich damals beeindruckt mit welchem Engagement und Überzeugungsarbeit Sie hinter der Sache standen. Mit diesem

Vortrag hatten Sie auch nachhaltig den Hauptpersonalrat überzeugt.

Ich persönlich durfte Sie auch 2005 als Polizeidirektor in der Polizeidirektion Groß-Gerau erleben und auch dort genossen Sie bei den Kolleginnen und Kollegen bereits viel Anerkennung. Natürlich ist es so, dass man im Laufe der Zeit sich entwickelt und Sie heute nicht mehr als Polizeidirektor oder Präsident des PTLV, sondern als Polizeipräsident eines Flächenpräsidiums mit fast 2000 Bediensteten, genau genommen 1872 Vollzeitäquivalente-das war jetzt für die Insider- Verantwortung tragen. Sie tragen für diese Mitarbeiter die Verantwortung und gemeinsam mit Ihren neuen Mitarbeitern unabhängig ihrer Funktion, ohne einen auszunehmen, sorgen wir gemeinsam für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Dienstbezirk Südhessen. Die Bürgerinnen und Bürger die hier leben haben ein Anrecht sicher leben dürfen. Die Bürgerinnen und Bürger die in unserem Dienstbezirk leben, können sich auf uns verlassen. Wir in Südhessen machen durchweg einen guten und zuverlässigen Dienst am Bürger.

„Die Straße gehört uns“ war damals ihre Arbeitseinstellung und Leitlinie in der Polizeidirektion Groß-Gerau. Diese Botschaft hatte viele von uns geprägt-bis heute noch, höre ich Kolleginnen und Kollegen dies sagen! Damit bestätigt sich wieder, dass Sie mit Ihrer Art und Weise Eindruck hinterlassen. Wir finden es gut, dass Sie im Dienstbezirk leben und sich mit dem Polizeipräsidium Südhessen identifizieren und wir denken mit hoher Wahrscheinlichkeit, dass sie uns einige Jahre hier erhalten bleiben werden. Das ist für die Kontinuität und Stabilität einer Behörde enorm wichtig. Eine Vision bzw. ein Prozess leidet wenn Führungskräfte binnen zwei Jahre ihren Dienstbezirk verlassen.

Die Nachricht, dass Sie wieder nach Südhessen kommen hat sich in unseren Reihen bis hin zu den Pensionären sehr schnell verbreitet. Ich soll Ihnen unbedingt von Ihren ehemaligen Rüsselshei-

mer Streifenpartner Karl Will und Hans Biebel herzliche Grüße ausrichten. Beide haben sich riesig für Sie gefreut und mir gleich gesagt: „Da habt ihr’n Gute erwischt!“ Beide sagten mir, dass Sie als junger Streifenbeamter von ihnen angelehrt wurden.

Im Polizeijargon würde wir sagen: Beide haben Ihnen Herr Lammel das Laufen beigebracht. Kollege Biebel hat mir für Sie persönlich ein Präsent gegeben verbunden mit der Bitte es an Sie weiter zu geben. Ich dachte mir, dass ist hier der perfekte Rahmen, um dies zu tun. Eine Erklärung weshalb es sich ausgerechnet um eine Flasche Schnaps handelt, habe ich nicht. Vielleicht hängt es damit zusammen, dass wir das einzige Polizeipräsidium mit eigenem Reeb Hang sind.

Sehr geehrter Herr Lammel, unsere Anerkennung haben Sie bereits jetzt schon. Trotz den schwierigen Arbeitsbedingungen in Südhessen haben Sie sich bereit erklärt, hier als Polizeipräsident einen neuen Wirkungskreis zu bilden. Ich habe einige aus dem höheren Dienst versucht für Südhessen abzuwerben, oft hatte ich schneller die Absage als ich die Frage formulieren konnte. Sie habe ich nicht gefragt, weil wir die Information hatten, dass sie in Wiesbaden bleiben wollten. Manchmal kommen die Dinge anders als man denkt und schlecht, wenn man falsche Informationen hat.

Natürlich denken Sie, dass ihre neuen Mitarbeiter eine Erwartungshaltung haben. Ja, das wäre auch gelogen, wenn ich das abstreiten würde. Es ist so! Das können wir Ihnen jetzt schon bestätigen. Diese Erwartungshaltung zu erfüllen, ist die Kunst und die Kür ist dann, wenn die meisten zufrieden zum Dienst kommen. Sowohl in Ihrer als auch in unserer Funktion ist es schwierig immer alle zufrieden zu stellen. Ich glaube, das ist uns beiden bewusst.

Es wird nicht immer und jeder begeistert sein mit Entscheidungen, die Sie oder wir gemeinsam treffen werden. Im Grunde haben Wir ein gemeinsames Ziel.

Unsere sechs Direktionen, darunter die Kriminaldirektion und die Direktion Verkehr- und Sonderdienste haben teilweise regional ihre eigenen Erfordernisse und Strukturen. Das macht sie auch ganz Besonders. Deshalb brauchen die Direktionen auch ihre Freiräume um genau an der einen oder anderen Stelle sich gut entfalten zu können, ohne dass ein polizeilicher Standard und somit die Qualität verloren geht. Am Ende muss das Ergebnis stimmen. Der Weg dorthin kann unterschiedlich sein. Ein harmonischer und sachorientierter Verlauf sorgt für weniger Reibungsverluste.

Was wünscht sich der Personalrat von Ihnen für die Zukunft?

Wir wollen Sie gerne dabei unterstützen! Nach den Personalratswahlen im Mai mit einer höheren Wahlbeteiligung als 2012, weiß jeder, dass der Personalrat in dieser Behörde bei den Kolleginnen und Kollegen hohes Vertrauen genießt. Nutzen Sie in Zukunft die Institution „Personalrat“.

Der Personalrat wünscht sich eine vertrauensvollere Zusammenarbeit und ein

konsensorientierter Ausgleich zum Wohle der Beschäftigten und der Behörde. Und gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass die Polizeibeschäftigten unserer Behörde ordentliche Arbeitsbedingungen haben um anständig und professionell ihren Dienst am Bürger verrichten zu können.

Dafür braucht es manchmal nicht viel. Etwas Vertrauen in unsere Direktions-, RKI-, Stations- oder Kommissariats Leitern oder auch ein Gespräch mit den Dienstgruppenleitern reicht manchmal völlig aus.

Wir wünschen uns viele sachorientierte Gespräche, einen offenen Dialog und gegenseitigen Respekt.

Was können Sie vom Personalrat erwarten?

Von uns können Sie erwarten, dass wir mit Engagement, Überzeugung und Leidenschaft bei der Sache und an Fakten orientiert sind. Wir geben Ihnen gerne ein Stimmungsbild der Belegschaft wieder, wir arbeiten gerne an Lösungen mit, der Personalrat steht auch hinter getroffenen Entscheidungen, wenn sie auf Augenhöhe und ehrlich erörtert wurden, wir geben

konstruktiv kritisch unsere Ansicht wieder.

Ich wiederhole mich an dieser Stelle gerne: Machen Sie vom Personalrat regen Gebrauch. An dieser Stelle möchte ich Herrn PVP Engeleit danken, dass er in den letzten 10 Monaten sehr vermittelnd und ausgleichend in der Behörde agiert und mit dem Personalrat sehr gut zusammen gearbeitet hat.

Wir wünschen uns, dass Sie beide sich gut ergänzen und unsere Behörde zu neuem Glanz führen werden.

Für Ihre neue Aufgabe wünschen wir Ihnen viel Ausdauer, eine glückliche Hand, viele weise Entscheidungen und alles erdenklich Gute.

Wenn Sie Herr Lammel gestatten, unsere Familien müssen für unseren Polizeiberuf oft herhalten und gehören zur Familie „Polizei“. Die Familie ist eine tragende Säule in unserem Leben und deshalb möchten wir Ihrer Frau einen Herzlich- Willkommen-Blumenstrauß überreichen. ■

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## SPD VOR ORT IM ODENWALD

### BEDENKLICHE SITUATION IN HESSEN



Thomas Walther

Holschuh (SPD) fanden hierbei Gespräche mit der Leitung von Polizeidirektion Odenwald sowie der Polizeistation Höchst/Odw. statt.

Auch die Stimmung von Mitarbeitern aus dem Schichtdienst wurde bei dieser Gelegenheit interessiert aufgenommen.

Zum Abschluss ihrer Sommertour 2016 besuchte Frau Nancy Faeser (SPD), Mitglied im Innenausschuss des Hessischen Landtags, den Odenwaldkreis. Zusammen mit dem Odenwälder Landtagsabgeordneten Rüdiger

Aber das Team um Frau Faeser und Herr Holschuh, in Begleitung der jeweiligen Büroleiterinnen, war auch an einem Lagebericht von Seiten der GdP Odenwald, vertreten durch den KG Vorsitzenden Walther, interessiert. Das Gespräch führte Herr Grünewald vom Odenwälder Echo.

Schnell wurde in der informativen Gesprächsrunde deutlich, dass sich die beiden Oppositionspolitiker sehr detailliert mit der Situation bei der Hessischen Polizei auskennen. So zog sich die angespannte, ja teilweise untragbare Personalsituation wie ein roter Faden durch die vorangegangenen Gespräche mit Kollegen von Eschwege bis Kelsterbach. Neu schien aber die Tatsache, dass inzwischen auch Führungsbeamte Klartext reden.

Die Versäumnisse der Hessischen Regierung aus den vergangenen Jahren sind auf die Schnelle nicht zu reparieren. Zwar wurde bei den Neueinstellungen gesteuert, aber es rollt auch eine große Pensionierungswelle auf uns zu. Sehr starke Jahrgänge gehen in den nächsten 2-3 Jahren regulär in den Ruhestand. Hier besteht weiterhin Nachholbedarf, wobei man allerdings Grenzen hinsichtlich Bewerberlage und Ausbildungskapazitäten bedenken muss.

Und da kommt man schnell zu einer weiteren Fehlsteuerung unserer Hessischen Regierung. Durch den Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder, eingehend mit abgekoppelten Tarifabschlüssen (Nullrunden), befindet sich die Besoldung der Beamten in Hessen – im Ranking der Länder und des Bundes –



ganz weit hinten. Ob nun Position 13, 14 oder 15 spielt nicht wirklich eine Rolle. Armselig ist es auf jeden Fall, dass das reiche Hessen, als Geberland im Länderfinanzausgleich, seine Beamten wesentlich schlechter bezahlt als Nehmerländer. Armselig hoch drei!!! Und so kommt der Personalnotstand wieder ins Spiel. Potentielle Bewerber sind nämlich nicht auf den Kopf gefallen und suchen sich ihre Stellen gezielt aus. Dann geht man eben in eines der benachbarten Bundesländer, wo man durch u.a. Freie Heilfürsorge und höhere Besoldung schnell den einen oder ande-

ren Hunderter mehr im Monat zur Verfügung hat. Hessen, ach wie armselig! Das sieht die Regierung naturgemäß anders, sie sieht aber auch speziell Abwanderungen bei der Berufsfeuerwehr in Frankfurt. Dort schauen sich bis zu 50 Prozent der Beamten in der „Nachbarschaft“ um. Ob unser Polizeiminister Beuth noch lernfähig ist?

Von den Teilnehmern der Gesprächsrunde übereinstimmend wahrgenommen wurde jedoch auch die Tatsache, dass trotz der obengenannten Benachteiligun-

gen – weitere wie Verschlechterung der Beihilfe, Arbeitszeit etc. seien hier nicht abschließend aufgeführt – eine hohe Motivation bei den Polizisten besteht. Man sollte jedoch nicht darauf bauen, dass dies auf Immer und Ewig so bleibt. Denn irgendwann läuft jedes Fass über – und das der Hessischen Polizeibeamten ist voll.

Die SPD-Opposition im Hessischen Landtag scheint dies verstanden zu haben. ■

Th. Walther

## KREISGRUPPE BERGSTRASSE

### MICHAEL SCHWEIKERT ÜBERNIMMT DIE KOMMISSARISCHE LEITUNG DER KREISGRUPPE BERGSTRASSE



Michael Schweikert

Michael Schweikert (54) ist für viele in Südhessen und insbesondere an der Bergstraße kein unbekanntes Gesicht. Unser sehr wertgeschätzter und frühpensionierter Kollege übernimmt kommissarisch die Verantwortung der Kreisgruppe bis zur nächsten Jahreshauptversammlung am 1. Dezember 2016. Unterstützt wird er von Dietmar Rodenheber (Personalrat). Schweikert war bevor er Personalratsvorsitzender wurde Hundeführer bei der Pst. Bensheim.

Grund für diesen Stabswechsel war, dass der Kreisgruppenvorsitzende Michael Majewski bei seiner letzten Vorstandssitzung im Juni/Juli 2016 u.a. aufgrund seiner neuen Tätigkeit im Polizeipräsidium seinen Rücktritt erklärte. Sein Wohnort befindet sich in Kaiserslautern, sein Dienstort ist Darmstadt und sein Gewerkschaftsamt im Kreis Bergstraße. Auf Dauer sei dies mit der neuen Tätigkeit nicht zu vereinbaren. Im Namen des Vorstandes bedankte sich Michael Schweikert bei Michael Majewski für die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit.

#### NEUE VORSTANDSMITGLIEDER GESUCHT

Die GdP sucht bis zum 1. Dezember eine oder mehrere junge oder erfahrene Kolleginnen oder Kollegen, die bereit sind, sich in den Vorstand wählen zu lassen und aktiv darin mitzuarbeiten. Voraussetzung ist die Mitgliedschaft in der GdP und die Lust am Ehrenamt. Die Einarbeitung und die Fortbildungsmaßnahmen kommen dann in der Folge aus dem Hause GdP. Wer Interesse hat, sollte sich mit Dietmar Rodenheber oder beim Bezirksgruppenvorsitzenden Antonio Pedron (Personalrat /PP Südhessen) oder direkt mit Michael Schweikert (Email: [michaschweikert@gmail.com](mailto:michaschweikert@gmail.com)) in Verbindung setzen. ■

AP/NW / Quelle: KG BS/NW



Dietmar Rodenheber

**Das „GdP-Haus“**



**Exklusiv für GdP-Mitglieder!**  
**GdP-Rabatt 15 %**

Haus „Wildgans Nr. 41“  
für 4 + 2 Personen



**Das Ferienhaus der PSG Hessen im**  
**[www.ferienpark-mirow.de](http://www.ferienpark-mirow.de)**

Anfragen und Buchung bei:  
**PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen**  
**Info-Line: 06 11 / 9 92 27 30 • Info-Fax: 06 11 / 9 92 27 27**  
**Internet: [www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen) • eMail: [gdpHessen@t-online.de](mailto:gdpHessen@t-online.de)**

# JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG KREISGRUPPE GROSS-GERAU

Am Mittwoch, 29. Juni 2016 fand die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Groß-Gerau statt. Der Vorstand hatte u.a. über den Polizeireport 06/2016 die Mitglieder in das Gasthaus „Zur Krone“ nach Rüsselsheim-Königstädten eingeladen.

Viele Jubilare und aktive Mitglieder sind der Einladung gefolgt. Leider waren einige Jubilare im Urlaub, erkrankt oder verhindert.

Den Kreisgruppenvorsitz hatte über mehrere Jahre Carsten Pick inne. Durch familiäre Schwerpunktsetzung entschied sich Carsten den Vorsitz abzugeben, so dass an diesem Abend u.a. die Funktion



Jahreshauptversammlung KG Groß-Gerau



Marius Hilge neuer Vorsitzender, Wahlleiter Elmar May und Kreisgruppenkassierer Christoph Gatzke

des Vorsitzenden neugewählt werden musste. Durch die Pensionierung von Jörg Denker, einer der weltbesten Kassier, die die GdP jemals hatte, musste auch hier nachgewählt werden.

Durch den Bezirksgruppenvorsitzenden Antonio Pedron und die anwesenden Mitglieder wurde beiden für die geleistete Arbeit Anerkennung und Dank ausgesprochen.

Der Kreisgruppenvorstand hat pflichtgemäß seinen Rechenschaftsbericht abgegeben und wurde anschließend von der Versammlung einstimmig entlastet. Nach dem gewerkschaftspolitischen Bericht erfolgten die Ehrungen.

Es war eine lustige und sehr angenehme Zusammenkunft aktiver und pensionierter Kolleginnen und Kollegen, so dass im Anschluss noch das eine oder andere ausgetauscht werden konnte.

Großes Gesprächsthema war natürlich die relativ frische Nachricht, dass der

ehemalige Groß-Gerauer Polizeidirektor, in Insiderkreisen in Südhessen auch als „Gallisches Dorf“ bekannt, neuer Polizeipräsident in Südhessen wird. Viele haben sich für ihn und für die Belegschaft gefreut.

Die Redaktion des Polizeireports wünscht dem neugewählten Vorstand alles Gute für seine Arbeit.

## EHRUNGEN:

### 25 Jahre:

Norbert BERZ  
Holger FLACHSEL  
Steffen GABRIEL  
Wolfgang GUNKEL (OA Riedstadt)  
Annerose MEIEREWERT  
Harald TRIERWEILER

### 40 Jahre:

Walther VEITH  
Karl-Heinz WILL



Kollegen Steckenreiter, Gerlach, Witteborg, Will und Büttner

### 50 Jahre:

Hans BIEBEL  
Werner DEMEL  
Manfred GERLACH  
Klaus PULT  
Manfred SCHARF

### 60 Jahre:

Marie-Louise NITSCHKY

## VORSTAND KG GG

Vorsitzender:	Marius Hilge
Stellvertreter:	Rolf Leinz, Claudia Büttner
Kassierer:	Christoph Gatzke
Vertreter:	Jürgen Führer
Schriftführer:	Martin Kurz
Vertreterin:	Christin Zschau
Beisitzer:	Steffen Gabriel (Kripo) Patrick Grube (Schupo) Ute Klaffke (Angest.) Karl Will (Senioren) Carsten Pick (Schupo)
Kassenprüfer:	Elmar May



# KENNZEICHNUNGSPFLICHT-WAS HAT ES GEBRACHT?

Mithin sind gute 21 Monate seit der Einführung der individuellen numerischen Kennzeichnungspflicht, im Dezember 2014, bei der hessischen Polizei vergangen.

Viel wurde während der Einführung der Kennzeichnungspflicht in der Öffentlichkeit diskutiert.

Was hat es den Beschäftigten und den Bürgerinnen und Bürgern gebracht?

Und wie blickt die GdP auf diese Zwangsmaßnahme zurück, die wir vehement abgelehnt haben.

Die Kennzeichnungspflicht besteht aus einer fünfstelligen Ziffernkombination mit vorangestellter Hessenkennung „HE“. Zunächst erfolgte die Ausgabe der Kennzeichnungsnummern an die Kolleginnen und Kollegen im Polizeivollzug bei der Bereitschaftspolizei. Dies wurde bewusst so (vom kleinen Koalitionspartner) politisch initiiert, damit anlässlich der am 18. März 2015 in Frankfurt stattgefundenen Eröffnung der Europäischen Zentralbank die geschlossenen hessischen Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei ggf. zu identifizieren waren.

Möglicherweise hat man auch ins politische Kalkül gezogen, das die anlässlich vorangegangener unfriedlichen Demonstrationen in Frankfurt am Main, beispielsweise bei der antikapitalistischen Demonstration „M31“ im Jahr 2012, auch mit Konsequenzen (bei dienstlichen Verfehlungen) gegen die eingesetzten hessischen Beamtinnen und Beamten vorgegangen werden kann.



Unter dem Motto „M31 – european days of action against capitalism“ hatten verschiedene linke und autonome Gruppen am 31. März 2012 in acht europäischen Ländern zu Protesten gegen die Weltwirtschaftskrise und den Kapitalismus aufgerufen. In Frankfurt hatten sich rund 6000 Menschen an einem Demonstrationzug beteiligt.

Da in Hessen mittlerweile auch die Angehörigen der Kriminalpolizei mit numerischen Kennzeichnungen ausgestattet wurden, jeweils drei Sets unterschiedlicher Nummern mit jeweils vier Schildern galt es an den Mann / an die Frau zu bringen, sind insgesamt über 14.000 Kennzeichnungen gefertigt, katalogisiert und individualisiert final an die Vollzugsbeamten verteilt.

Wie aus dem Innenministerium zu erfahren war, handelte es sich um 14.508 Beschäftigte, die mit insgesamt 174.096 Einzelschildern ausgestattet wurden.

Die bezifferten Herstellungskosten beliefen sich auf insgesamt 195.417,15 Euro.

Glücklicherweise konnten die Umrüstungen der Einsatzjacken, die durch die hessische Justiz vorgenommen wurden, nachträglich nicht dezidiert aufgeschlüsselt werden, was eine weitere Dokumentation der entstandenen Kosten an dieser Stelle leider verhindert.

Die Gewerkschaft der Polizei hat dem Ansinnen der numerischen Kennzeichnungspflicht bereits in den Vorfelddiskussionen eine Absage erteilt.

„Der im Koalitionsvertrag von CDU/Bündnis90/Die Grünen politisch formulierte Wunsch, die Polizei „zwangszukennzeichnen“, sie also einer Verpflichtung zu unterwerfen, immer und ohne Ausnahme identifizierbar zu sein, unterstelle in aller erster Linie Misstrauen und mangelndes Vertrauen in die Arbeit der Polizei“.

Durch die Einführung einer generellen Kennzeichnungspflicht entferne sich der Staat einen weiteren Schritt von seiner Polizei. Es sei ein zusätzlicher Baustein einer unsensiblen Führungskultur und nicht nur ein symbolischer Akt, der den Respekt gegenüber der Polizei weiter sinken lasse.

Die Begründung, dass mittels einer Kennzeichnung Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nach übergriffigem und rechtswidrigen Verhalten besser ermittelt werden könnten, war bislang rein hypothetisch anzusehen. Gleichermäßen wurde in der bisherigen Diskussion um eine Kennzeichnungspflicht für die Polizei weder der Nachweis von schweren unaufgeklärten Übergriffen noch die für eine Änderung der Rechtslage notwendige Erforderlichkeit offengelegt.“ (...)



Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist gleichwohl das grundgesetzlich normierte Recht, auf das die GdP ihre ablehnende Haltung gegenüber der Kennzeichnungspflicht stützte.

**Für das namentliche Ermitteln von Polizeibeamten war und ist eine Kennzeichnungspflicht weder erforderlich noch notwendig. Noch immer wird das verpflichtende Tragen einer Kennzeichnung gleichgesetzt mit einem gewissen Generalverdacht**

Der unzweifelhaft vorliegende Eingriff in dieses Recht liegt bei ausnahmsloser Verpflichtung zum Tragen der namentlichen oder weiteren individuellen Kennzeichnung gerade darin, dass der Beamte keine Möglichkeit hat, auch im speziellen Einsatzfall die namentliche Identifizierbarkeit seiner Person auszuschließen.

Aus diesen Gründen heraus war die bisherige freiwillige namentliche Kennzeichnung in Hessen genau der richtige Weg, um den berechtigten Interessen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gerecht zu werden und zugleich Transparenz und Bürgernähe in einem sich in der Vergangenheit bewährten Rahmen fortzuentwickeln.

Dass Dienstaufsichtsbeschwerden und Strafanzeigen gegen Polizeivollzugsbeamte in der heutigen Zeit an der Tagesordnung sind, verhindert auch keine numerische Kennzeichnung im geschlossenen Einsatz. So ist es auch nicht verwunderlich, dass lediglich in einem Fall zu einem offensichtlichen Notieren der individuellen Kennzeichnung kam und in Folge zu einer Strafanzeige – wegen Beleidigung!

Dies macht deutlich, dass die hessische Polizei – gerade auch in geschlossenen Einsätzen – nicht übergreifend wird! Zur Erinnerung: die bisherige taktische Kennzeichnung ermöglichte es, bis auf Halbgruppenstärke (fünf Beamte/innen) die Namen der eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu belegen. Dies war völlig ausreichend!

Wenn behauptet wird, dass eine Kennzeichnungspflicht die Aufklärung von polizeilichen Übergriffen überhaupt

erst möglich macht, so muss dem entgegen gehalten werden, dass in unserem demokratischen Rechtsstaat in der jüngsten Vergangenheit zahllose polizeiliche Einsätze eben durch das polizeiinterne Videografieren so dokumentiert wurden, dass auch etwaiges Fehlverhalten einzelner Beamter unter Feststellung der Personalien der betroffenen Person leicht ermittelbar war.

**Die Erfahrung zeigt: Für das namentliche Ermitteln von Polizeibeamten war und ist eine Kennzeichnungspflicht weder erforderlich noch notwendig.**

Der innenpolitische Sprecher der Grünen, Jürgen Frömmrich, nennt es „sehr erfreulich“, dass die Nummer nur bei einem einzigen Verfahren benötigt worden sei.

Die Kennzeichnungspflicht sieht er dadurch nicht in Frage gestellt. Sie habe sich bewährt und sei akzeptiert. Es gehe um „ein wichtiges Zeichen, dass die Polizei den Bürgerinnen und Bürgern offen gegenüber tritt“, sagte Frömmrich.

Alle wüssten, „dass Beschwerden gegen sie nachgegangen werden kann“. Damit biete sich eine bessere Möglichkeit als zuvor, „Konfliktfälle zu überprüfen“. Das habe „nichts mit Misstrauen gegen Polizisten zu tun“, versicherte der Grünen-Politiker.

Spricht man mit Kolleginnen und Kollegen aus den geschlossenen Einheiten oder den Alarmhundertschaften, machen viele aus ihren Herzen keine Mördergruben! Noch immer wird das verpflichtende Tragen einer Kennzeichnung gleichgesetzt mit einem gewissen Generalverdacht, dem letztlich die Trägerinnen und Träger der Kennzeichnungen unterstellt werden.

**Fazit**

**Gebracht hat es nichts, außer einige hunderttausend Euro an Ausgaben, die besser in eine gerechte Besoldung geflossen wären!**

Wie viele Beschäftigte sich abschließend vor und während der Einführung der Kennzeichnungspflicht damit beschäftigt waren, ist betriebswirtschaftlich leider nicht dokumentiert!

Abschließend und vor dem Hintergrund des Erlebten (anlässlich der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main im März 2015) stellen wir fest, dass die Kennzeichnungspflicht

nichts mit der polizeilichen Realität zu tun hat.

Wer sich die Bilder bei den vielen Rechts-/Links-Demos und den (bundesweiten) Fußballspielen, mit den damit einhergehenden Krawallen, ansieht, erkennt schnell, dass hier die Opfer zu vermeintlichen Tätern gemacht werden sollen. Unsere Bürgerpolizei, die vielen Umfragen von großen Meinungsforschungsinstituten ein geradezu herausragendes Vertrauen innerhalb der Bevölkerung genießt, beweist auch in geschlossenen Einsätzen, dass die Kennzeichnungspflicht nicht notwendig gewesen wäre!

**Wenn wir dann abschließend in der Presse zur Kenntnis nehmen müssen, dass sogenannte Demonstranten (gewalttätige Chaoten) anlässlich der EZB – Eröffnung vor den Gerichten milde bestraft werden, verstehen wir die Welt nicht mehr!**

Das Amtsgericht Frankfurt verurteilte einen 26-Jährigen am 3. August 2016 wegen schweren Landfriedensbruchs und versuchter gefährlicher Körperverletzung.

Der Demonstrant aus Bremen hatte nach Überzeugung des Gerichts während der Blockupy-Proteste im März 2015 einen Polizisten mit einem Stein beworfen und getroffen. Dank seiner Schutzklei-

**Gebracht hat es nichts, außer einige hunderttausend Euro an Ausgaben, die besser in eine gerechte Besoldung geflossen wären!  
Wie viele Beschäftigte sich abschließend vor und während der Einführung der Kennzeichnungspflicht damit beschäftigt waren, ist betriebswirtschaftlich leider nicht dokumentiert!**

dung wurde der Beamte allerdings nicht verletzt. Der 26-jährige Angeklagte wies den Vorwurf zurück. Die Richterin sah ihn aufgrund mehrerer Zeugenaussagen jedoch als überführt an. Dass im Gepäck des Mannes mehrere Steine gefunden wurden, deutete das Gericht außerdem als Indiz dafür, dass die Tat nicht spontan, sondern geplant gewesen sei. Die Strafe für den Angeklagten: ein Jahr Haft auf Bewährung und 150 gemeinnützige Arbeitsstunden. ■

GdP/JM



# EIGENSICHERUNG BEI GAW / ORDNUNGSBEHÖRDEN

**Grundsätzliche Aspekte der Eigensicherung bei präventiven oder strafprozessualen Maßnahmen der Gefahrenabwehr- oder Ordnungsbehörden**

Jährlich werden Polizeibeamte oder Beamte und Angestellte der Ordnungsbehörden Ziel gewalttätiger Übergriffe im Rahmen Ihrer Dienstausbildung, sei es durch körperliche Gewalt, Einsatz von Messern, Schlagstöcken, Schusswaffen, Fahrzeugen oder anderer gefährlicher Gegenstände. Hierbei hängt es nicht nur vom Zufall oder der getragenen Schutzausstattung ab, ob die Angriffe bleibende Schäden verursachen oder die Kolleginnen und Kollegen verletzt werden. Es geht manchmal soweit, dass diese Ihren Beruf nicht mehr ausüben können.

Auch im Bereich der Gefahrenabwehr- und Ordnungsbehörden gilt, neben der grundsätzlich zu tragenden Schutzweste oder einer ausreichenden, aktiven oder passiven Bewaffnung, sollte ein ausreichendes Verständnis für die Grundsätze der Eigensicherung und einer entsprechenden Ausbildung obligatorisch sein. Jede Maßnahme, jedes Einschreiten gegen Dritte birgt die Gefahr eines Angriffes in sich. Darüber hinaus ist feststellbar, dass die Gewaltbereitschaft beim polizeilichen Gegenüber steigt und die Hemmschwelle Hoheitsträger anzugreifen Jahr für Jahr sinkt. Beispiele hierfür liefert die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS).

An diese Stelle gehe ich nicht auf die einzelnen Aggressionsdelikte gegenüber Hoheitsträgern ein. Beispielhaft ist der Angriff mit einem Messer auf einen Stadtpolizisten in Wiesbaden.

Auf Grund der Vielzahl bereits stattgefundenen Angriffe wurde auf allen Ebenen einschließlich internationaler Arbeitstagungen auf Ministerialebene, Maßnahmen ergriffen um dem Phänomen Rechnung zu tragen.

Als „Eigensicherung“ werden Maßnahmen bezeichnet, welche ein Handelnder ergreifen muss, um selbst keinen Schaden zu erleiden.

Damit es Polizisten möglich ist, auf tätliche oder bewaffnete Angriffe in Einsätzen effektiv zu reagieren, werden sie in puncto Eigensicherung besonders geschult. Bundeseinheitliche diesbezügliche Regelungen finden sich in der Polizei-



dienstvorschrift 450 sowie im Leitfaden 371.

## Eigensicherung ist Ausdruck professionellen Handelns

Eigensicherung ist nur bis zu einem bestimmten Punkt eigenständig durchzuführen, da hoheitliches Einschreiten ein hohes Maß an Konzentration und kommunikative Interaktion erfordert. Darunter leiden jedoch Aufmerksamkeit und Registrierung gefahrenträchtiger Umstände, insbesondere bei Personengruppen und damit die erforderliche Eigensicherung.

Jede Personen- und Fahrzeugkontrolle besteht aus einem einschreitenden und einem sichernden Beamten. Es muss jederzeit mit nicht vorhersehbaren Reaktionen des Gegenübers oder der Begleiter gerechnet werden, bis hin zum Einsatz des Fahrzeuges als Waffe. Diesem Umstand muss der sichernde Beamte Rechnung tragen und seine Aufmerksamkeit ausschließlich der Reaktion, der körperlichen Bewegung, Mimik, der Gestik und der Wortwahl des Gegenübers und seiner Begleiter widmen. Der Sichernde trägt ein hohes Maß an Verantwortung gegenüber dem einschreitenden Beamten und ist somit dessen Lebensversicherung.

Aus diesem Grund ist es auch zwingend notwendig z.B. bei Geschwindigkeitskontrollen mit privaten Firmen einen zweiten ausgebildeten Beamten zur Sicherung mit einzusetzen. Es ist in meinen

Augen fahrlässig zu sagen, „Das machen wir schon immer so, es passiert nichts“ etc. Aussagen, die man von Führungskräften in den Gemeinden und Stadtverwaltungen sehr oft hört.

Der Leitfaden 371 geht bei Fahrzeug- oder Personenkontrollen, und dazu zählen auch Geschwindigkeitsmessungen sowie Kontrollen des ruhenden Verkehrs, immer davon aus, dass das Einschreiten von mindestens zwei Beamtinnen/Beamten durchgeführt wird. Demzufolge sind alle Grundsätze und Trainingseinheiten auf das Team aufgebaut. Jedes abweichende Verhalten ist unprofessionell und fahrlässig gegenüber den eingesetzten Beamtinnen und Beamten. Die Beispiele der Praxis belegen dies in trauriger Realität.

Nur wenn materielle Ausrüstung (Schutzweste mit Stichschutz, Pfefferspray, TKS, Handschellen etc.), personelle Ausstattung und erforderliches Training in ausreichendem Umfang angeboten und umgesetzt werden, kann Eigensicherung als professionelles Handeln verstanden werden. Nur dadurch werden die Gefahren, welche jede Maßnahme gegen den Willen beinhaltet, minimiert oder gar ausgeschaltet.

Versicherungstechnisch sind nämlich die Angestellten der Stadtpolizei und Ordnungspolizei bei weitem nicht so abgesichert, wie dies bei Beamtinnen und Beamten der Fall ist. ■

Ralf Heil



## 94 neue Wachpolizistinnen und Wachpolizisten verstärken seit August 2016 die Präsidien

Der Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, Werner Koch, hat am Freitag, 5. August, in Anwesenheit vieler Angehöriger, Freunden und Bekannten, 94 Wachpolizistinnen und Wachpolizisten im Dienst des Landes Hessen begrüßt. „Die Wachpolizei ist ein wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur in Hessen. Ich freue mich, sie heute in den Reihen der hessischen Polizei begrüßen zu dürfen“, so Werner Koch an der Polizeiakademie Hessen.

Die Aufgabenbereiche der Wachpolizisten bei der hessischen Polizei sind klar definiert. Die Wachpolizei ist eine sinnvolle Institution, die sich in Hessen seit über 16 Jahren bewährt hat. Das setzt nicht zuletzt Kapazitäten bei der Schutzpolizei frei. Aus der Historie, die ersten Wachpolizisten wurden vor 16 Jahren als Pilotversuch beim PP Frankfurt am Main erprobt, haben sich in Hessen mehr als 600 Wachpolizisten etabliert.

Die Übertragung von Aufgaben an die Wachpolizei hat bei den Polizeipräsidien zu einer Entlastung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten – insbesondere in den Bereichen Objektschutz, Erkennungsdienst, Gefangenentransporte, Vorführungen und Abschiebungen – geführt.

Die Einstellung von 100 neuen Wachpolizistinnen und Wachpolizisten wurde bereits frühzeitig im Rahmen der Haushaltsplanung 2016 beschlossen. Von insgesamt 100 eingestellten können nach der 18 wöchigen Ausbildung 94 Kolleginnen und Kollegen im Dienst des Landes Hessen begrüßt werden. Leider sind die zusätzlichen Stellen für die Wachpolizei mit einem Haushaltsvermerk (kw – Vermerk) versehen, den der Haushaltsgesetzgeber 2019 dann wieder zu beachten hat.

Einen besonderen Dank richteten zwei Sprecher des Ausbildungsjahrgangs an die Ausbilder! Diese wurden in dem knackigen 18 wöchigen, komprimierten Beschulungszeitraum nicht müde, den angehenden Wachpolizistinnen und Wachpolizisten



wesentliche dienstliche Fundamente zu vermitteln. Mit besonderem Engagement aber auch sozialer Kompetenz sei es gelungen, auch schwierige Sachverhalte zu vertiefen. Diese gelte es nun, im Rahmen der ständigen Fortbildung weiter zu vertiefen und auszubauen.

In der Sporthalle der Polizeiakademie erhielten die strahlenden Wachpolizistinnen und Wachpolizisten aus den Händen ihrer künftigen Behördenleiter neben den Schulterklappen auch ihre Ausbildungsnachweise.

Beim anschließenden kleinen Empfang kam es dann zu guten Gesprächen zwischen allen Beteiligten, Familien und Angehörigen. Natürlich wurden auch etliche Erinnerungsfotos gefertigt.

Bleibt zu hoffen, dass unsere neuen Kolleginnen und Kollegen stets Freude am Beruf haben, und immer sicher und unversehrt nach den Diensten zu ihren Angehörigen zurückkehren.

Wir wünschen viel Erfolg bei der neuen Tätigkeit. ■

GdP/JM





# SENIORENSEMINAR DER GDP HESSEN 2017



**Wann:**  
Dienstag, 21. März 2017, 10:00 Uhr  
bis  
Mittwoch, 22. März 2017, 13:00 Uhr

**Wo:**  
Gasthaus „Zur Krone“,  
Am Stadttor 2, 36142 Tann/Rhön  
Telefon: 06682-213  
Webseite: [www.krone-tann.de](http://www.krone-tann.de)

**Wer:**  
Eingeladen dazu sind alle Rentner/  
innen und Pensionär/innen mit Part-  
ner/in.



## Programm

Der Pflegefall, Martin Kerstin, Pflegestützpunkt Fulda  
(Vorsorge-Wohnung-Hilfsangebote im Alter bei Behinderung-Pflegekasse und Pflegestufen)

Beihilfe, Gerhard Kaiser, Beihilfestelle Hünfeld  
(Kosten im Pflegefall)

Patientenverfügung / Vorsorgevollmacht / Betreuungsverfügung / Notfallordner  
Stefan Rüppel, GdP Hessen

Aktueller gewerkschaftlicher Bericht  
Andreas Grün, Landesvorsitzender GdP Hessen

## Anmeldungen

Ab Mitte September ist im Internet ein Anmeldeformular mit der Bankverbindung für die Geldüberweisung eingestellt. Es ist ein Eigenbetrag von 20 Euro pro Teilnehmer zu leisten, der auch im Verhinderungsfall nicht zurück erstattet wird. Dazu die Adresse <http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/Senioren> oder einfach nur in Google [gdp hessen senioren](http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/Senioren) eingeben.

Sollte kein Internetzugang vorhanden sein, kann man in der GdP-Geschäftsstelle bei Ruth Brunner, GdP Hessen, Wilhelmstr. 60a, 65183 Wiesbaden, schriftlich oder per Telefon: 0611-99227-30 ein Anmeldeformular anfordern.

Anmeldeschluss: 01. Dezember 2016

## Berücksichtigung:

Sollten mehr Anmeldungen eingehen, als Plätze vorhanden sind, werden zunächst Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt, die noch kein Seniorensseminar besucht haben. Weiterhin erfolgt die Berücksichtigung nach Eingang der schriftlichen Anmeldung. Alle Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Seminar keinen Platz mehr bekommen haben, werden wenn gewünscht, beim nächsten Seniorensseminar bevorzugt berücksichtigt.

**Hinweis:** Seniorensseminare finden jeweils im Frühjahr des Jahres statt.  
Die Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ für Kolleginnen und Kollegen vor oder kurz nach dem Ruhestand werden jeweils im Spätherbst des Jahres durchgeführt.

# FRISTEN BEI DER ABGABE VON BEIHILFEANTRÄGEN

## SONDERREGELUNGEN FÜR VERSORGUNGSEMPFÄNGER

### GRUNDSATZ

Die Beihilfe muss innerhalb eines Jahres eingereicht sein, ansonsten entfällt der Anspruch. Dabei gilt der Eingang bei der Beihilfestelle.

### WENN DER TERMIN ZU VERSTREICHEN DROHT

Aus den verschiedensten Gründen kann einmal die Frist zu verstreichen drohen. Bei Versorgungsempfängern ist ein fristgerecht bei der ehemaligen Dienststelle eingegangener Beihilfeantrag als fristwährend anzusehen. Dies ist die wörtliche Ausführung von Nitze in

der Kommentierung zur HBeihVo. Somit könnte man zumindest den Postweg abkürzen.

### AUSLEGUNG DER BEIHILFESTELLE

Die Beihilfestelle vertritt die Auffassung, dass der Versorgungsempfänger keine Dienststelle mehr hat. Sie erkennt die ehemalige Dienststelle nicht an.

### WAS KANN MAN UNTERNEHMEN

Bei einer Kollegin oder einem Kollegen wurde es mit der Einreichung zeitlich eng. Man hat den Antrag bei der ehemaligen Dienststelle abgegeben. Die Beihil-

festelle erkennt dies nicht an. Dann sollte man mit Hinweis auf die Kommentierung von Nitze Widerspruch gegen den Bescheid einlegen. Wird dem Widerspruch nicht stattgegeben, kann man eine Rechtsberatung und danach eventuell Rechtsschutz bei der GdP beantragen. ■

Harald Dobrindt  
(Landessenorenvorsitzender)

# BUNDESVERFASSUNGSGERICHT ZU BELEIDIGUNG „ALL COPS ARE BASTARDS“ (ACAB):

## GDP-BUNDESVORSITZENDER MALCHOW: „FÜR POLIZISTINNEN UND POLIZISTEN EIN SCHLAG INS GESICHT“

Angesichts der wachsenden Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamten ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG), wonach die Kundgabe der Buchstabenkombination ACAB (All Cops Are Bastards) nicht ohne weiteres strafbar ist, nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei „das falsche Signal an die falschen Leute“.

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Die Verfassungsrichter verkennen, dass diese Beleidigung, nahezu immer in Verbindung mit Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten gezeigt oder geäußert wird. Wenn das Gericht offenkundig der Meinung ist, dass die Polizei keine über-

schaubare und abgegrenzte Personen- gruppe ist, die von einer Kollektivbeleidigung nicht betroffen sei, so übersehen sie die Alltagsrealität, in der diese Abkürzung immer in unmittelbarer Nähe zu strafbaren Handlungen auftaucht.“

Für die Gewerkschaft der Polizei sei die überraschende Entscheidung des höchsten Gerichts auch deshalb unverständlich, so der GdP-Bundesvorsitzende, weil die fraglichen Fälle sogar von Oberlandesgerichten als Beleidigung bewertet wurden. Zwar bleibe für das Gericht strafbar, wenn diese Beleidigung gegenüber einem engen abgrenzbaren Personenkreis gezeigt oder geäußert wird, jedoch sei das

für die schädliche Signalwirkung der Entscheidung unbedeutend.

Malchow: „Für meine Kolleginnen und Kollegen ist diese Entscheidung ein Schlag ins Gesicht. Wer sich Tag für Tag und Nacht für Nacht mit wachsender Gewalt, Respektlosigkeit und Verachtung konfrontiert sieht, fragt sich irgendwann sicher, für wen er das alles tut.“ ■

Quelle: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Gemeinsam sind wir stark –  
  
darum GdP!